

Liebe Trippstadterinnen und Trippstadter,

diese Ausgabe beschäftigt sich mit dem Haushalt der Gemeinde für 2010. Wir versuchen, den Fehlbetrag von 600.000 € zu erklären und eine Zukunftsperspektive zu geben.

In einem kürzlich erschienenen Artikel der Rheinpfalz wurde das Landtagsprogramm der Freien Wähler (FW) vorgestellt. Darin wurden auch Forderungen nach mehr Bürgerbeteiligung und weniger Parlament formuliert. Lesen Sie unsere Meinung dazu auf Seite 4. Wie denken Sie darüber? Schreiben Sie uns! Wir denken, es lohnt sich, über das Thema zu diskutieren.

Sie halten unsere 15. Ausgabe in den Händen. Seit 2007 geben wir unsere Informationsbroschüre regelmäßig heraus. Obwohl es einen großen zeitlichen Aufwand für uns bedeutet, werden wir auch 2011 mit *Trippstadt im Bild* weitermachen. Auf diesem Weg möchten wir Sie auch weiterhin über Themen informieren, die uns wichtig sind.

SPD-Ortsverein Trippstadt



Weihnachtsbaum – Verkauf

des SPD – Ortsvereins

**am Samstag, 18.12.2010
von 10:00 – 16:00 Uhr**

Gasthaus „Zum Schwan“

600.000 € Fehlbetrag

Sie haben es sicherlich in der Rheinpfalz gelesen: der Haushalt 2010 der Gemeinde Trippstadt weist einen Fehlbetrag von mehr als 600.000 Euro aus. Eine Summe, die beängstigend wirkt und eine gewisse Ratlosigkeit hervorrufen kann bei der Frage, wie entwickelt sich Trippstadt als attraktive Wohn- und Fremdenverkehrsgemeinde in den nächsten Jahren?

Bevor Resignation Platz greift muss man Ursachenforschung betreiben und dabei feststellen, dass das Finanzdesaster auch nicht vor Trippstadt Halt gemacht hat.

Der größte Teil dieses Fehlbetrages - fast zwei Drittel - ergibt sich durch den Rückgang der Steuereinnahmen und einer Steigerung der Umlagen für die Verbandsgemeinde und den Kreis. Dazu kommt noch eine nicht unerhebliche Summe aus Abschreibungen nach der neuen doppischen Haushaltsführung.

Es sind also überwiegend äußere Einflüsse, die zu dieser schwierigen Situation geführt haben und von denen auch noch in Zukunft die Entwicklung unserer Gemeinde abhängig sein wird.

Eine Entwicklung, bei der die Schwerpunkte der Neubau der Kindertagesstätte, die Verbesserung der Verkehrssituation an der Kreuzung Hauptstraße / Kaiserslauterer Straße und im Rahmen der Dorferneuerung/Spielplatzplanung die Neugestaltung des Dorfmittelpunktes im Bereich Rathaus und Schule zu nennen sind.

Bei der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd wird deutlich, dass aufgrund der demografischen Entwicklung für die nächsten 15 Jahre der Wohnraumbedarf durch baureife unbebaute Grundstücke mehr als ausreichend gedeckt ist. Anstelle neuer Baugebiete muss ein Konzept erarbeitet werden, das der alten Bausubstanz bei der Wohnraumbewirtschaftung eine attraktive Chance bietet. Hinzu kommen die vielen kleinen Problemchen.

Die Forderungen nach einer Verbesserung der Finanzmittel sind berechtigt und notwendig. Nur wie groß der Kuchen aus Steuereinnahmen ist bzw. wird und wer die Kuchenschaufel bedient, liegt nicht in unserer Entscheidungskompetenz und wir sollten und können auch nicht warten bis ein warmer Regen über uns kommt.

Haushalt der Gemeinde (Forts.)

Was ist zu tun ?

Die Basis zur Bewältigung dieser schwierigen Aufgabe ist die Bündelung aller Kräfte. Das heißt die vorbehaltlose Zusammenarbeit aller in dem Ortsgemeinderat vertretenen Fraktionen.

Bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt in dieser Größenordnung stehen alle Ausgaben unter dem Genehmigungsvorbehalt der Kreisverwaltung, was eine weitgehende Einschränkung unserer Selbstständigkeit bedeutet.

Wir müssen also alle Möglichkeiten nutzen und alles auf den Prüfstand stellen, um unseren Beitrag zur Verbesserung der Haushaltssituation zu leisten. Es wird sicherlich nicht der große Wurf werden, aber im Zusammenwirken in der Verwaltungshierarchie von großem Nutzen sein.

(Landtags-)Wahlkampf

Der SPD-Ortsverein plant, keine Flyer zur nächsten Landtagswahl im März 2011 auszutragen.

Sie erhalten seit Mitte 2007 unsere Broschüre „Trippstadt im Bild (TiB)“. Hier schreiben wir kontinuierlich über Aktuelles aus der Bundes- und Landespolitik sowie über kommunalpolitische Themen. TiB erscheint regelmäßig vier bis fünf Mal im Jahr.

Wir halten nichts davon, kurz vor einer anstehenden Wahl eine Unmenge an Informationsmaterial zu verteilen und dann vier bzw. fünf Jahre nichts mehr von uns hören zu lassen.

Vor der Landtagswahl laden wir Sie und unseren Wahlkreiskandidaten Thomas Wansch an unseren Informationsstand im Dorf ein. Dann können Sie, wenn Sie möchten, mit uns über die Landespolitik und das Wahlprogramm der SPD diskutieren. Wir laden dazu rechtzeitig ein.

Aktuelle Informationen können Sie jederzeit über unsere Homepage abrufen.

Wir fragen Sie: Geht Ihnen die Flyerflut vor einer Wahl auf den Geist oder finden Sie, die Flyer geben Ihnen die notwendigen Informationen zur Wahl. Schreiben Sie uns Ihre Meinung!

Freie Wähler wollen "vom Parteien- zum Bürgerstaat"

Unter dieser Überschrift berichtete die "Rheinpfalz" am 30.11.2010 über das Programm der Freien Wähler für die Landtagswahl 2011. Ein Bürgerstaat zeichne sich durch "direkte Mitwirkung der Menschen durch Volksabstimmungen" aus. Eine Direktwahl des Ministerpräsidenten wird vorgeschlagen und die Anzahl der Abgeordneten solle halbiert werden. Schließlich soll das aus den Kommunalwahlen bekannte Kummulieren und Panaschieren möglich sein. Weitere Programmpunkte wurden genannt, die hier nicht wiedergegeben werden, da sie mit der Überschrift "vom Parteien- zum Bürgerstaat" nichts zu tun haben.

Der Leitgedanke in den Aussagen scheint "mehr Bürgerbeteiligung" und damit weniger "Parteienbeteiligung" zu sein. Auf den ersten Blick erscheint das wünschenswert. Oft kann man die Entscheidungen "dort oben in Mainz" nicht verstehen. Gemeint ist dabei wohl, dass die Entscheidungen im Parlament oft nicht im Detail nachzuvollziehen sind. Die Abgeordneten oder die Regierung erscheinen weit weg vom täglichen Leben in der Kommune. Außerdem haben die Bürgerinnen und Bürger das "Kasperletheater" vor den Wahlen satt.

Also doch vom Parteienstaat zum Bürgerstaat? Ich meine NEIN! Die Väter unseres Grundgesetzes und der Landesverfassungen haben sich doch etwas dabei gedacht, eine repräsentative Demokratie zu verankern. Hier stimmt nicht das Volk direkt über politische Sachentscheidungen ab. Die Entscheidungen werden von Abgeordneten in den Parlamenten entschieden. Diese Abgeordneten werden als Vertreter des Volkes vom Volk gewählt.

Welche Vor- und Nachteile hat nun eine repräsentative Demokratie gegenüber einer höheren Bürgerbeteiligung? Fangen wir mit den Nachteilen an.

Durch die Machtkonzentration ist die Wahrscheinlichkeit für Korruption und Lobbyismus recht hoch. Außerdem ist der freie Wille der Abgeordneten oft durch einen Fraktionszwang beschnitten. Wobei dabei oft übersehen wird, dass dem Fraktionszwang eine Mehrheitsentscheidung in der Fraktion vorausgeht. Er ist praktisch ein Mittel, um politisch handlungsfähig zu bleiben. Die Minderheit steht also hinter der Mehrheitsentscheidung. In ethischen Fragen gibt es meist keinen Fraktionszwang und die Abgeordneten können wirklich nach ihrem eigenen Gewissen abstimmen. Schon sind wir gleitend zu den Vorteilen übergegangen.

Abstimmungen sind sehr schnell durchführbar und kosten nur einen Bruchteil einer entsprechenden Volksbefragung. Außerdem werden die politischen Entscheidungsprozesse professionalisiert. Abgeordnete können sich hauptberuflich um ihre Arbeit kümmern und sich fachlich spezialisieren. Denken wir nur an die Komplexität der Sozial- und Steuergesetzgebung. Wir Bürgerinnen und Bürger blicken da im Detail gar nicht durch. Wie sollen wir uns als Nicht-Experten dann in einer Abstimmung verhalten? Das sind schon starke Argumente für ein parlamentarisches System, wie wir es im Augenblick haben, oder?

Aus den Vor- und Nachteilen ergibt sich somit automatisch, dass ein Parlament nicht beliebig verkleinert werden kann. Lobbyisten würden sich noch mehr durchsetzen und die Professionalität würde sicherlich darunter leiden.

Bleibt die Frage: Brauchen wir überhaupt Parteien? Hier ein klares JA! Auch hier haben die Väter des Grundgesetzes in Artikel 21 festgelegt: "Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit (...)".

Eine Partei besteht definitionsgemäß aus gleichgesinnten Personen, die sich an der politischen Willensbildung beteiligen. Sie strebt danach, politische Positionen zu besetzen und im Gemeinwesen durchzusetzen.

Die Mitglieder einer Partei einigen sich mehrheitlich auf bestimmte politische Positionen und Ziele und orientieren sich dabei an einem zugrundeliegenden Wertesystem.

Das Volk wählt seine Vertreter aus den Parteien. Die Wahl bedeutet also, sich für das zugrundeliegende Wertesystem sowie für die politischen Ziele einer Partei zu entscheiden. Im Parlament müssen dann Mehrheiten gefunden werden. Dies gelingt natürlich einfacher, wenn sich eine ganze Fraktion in einem demokratischen Verfahren auf ein Ziel einigt und dies dann gemeinsam vertritt. Wobei wir wieder beim "Fraktionszwang" wären. Glücklicherweise haben wir immer wieder erlebt, dass sich Abgeordnete nicht daran gehalten haben, da sie die Entscheidung ihres Gewissens über den Fraktionsbeschluss stellten.

Die Forderung nach Kummulieren und Panaschieren erscheint ebenfalls problematisch. Die Parteien sind bestrebt, ihre Listen so zu besetzen, dass alle Regionen einigermaßen gleichmäßig verteilt sind. Würde man ein Kummulieren und Panaschieren zulassen, könnte es sein, dass eine Region mit vielen Abgeordneten vertreten ist, andere Regionen gar nicht. Hier hat sich das System der Wahlkreise mit einer Direktwahl eines Abgeordneten in Kombination mit einer Listenwahl zwingend bewährt.

Uwe Wunn

Aus dem SPD-Gemeindeverband KL-Süd

Am 03.12.2010 fand eine Gemein-
deverbandskonferenz der SPD Kai-
serslautern-Süd statt.

An diesem Abend wurde der Vor-
stand neu gewählt. Als Vorsitzende
wurde Dr. Petra Heid (Schopp) bes-
tätigt. Stellvertreter bleibt Reinhold
Meister (Stelzenberg). Zum Kassie-
rer wurde Hans Jung (Krickenbach)
gewählt. Heidrun Pietsch-Meister
(Stelzenberg) wurde Schriftführerin,
Kurt Becker (Linden) Bildungsbe-
auftragter und Pressereferent. Zu
Beisitzern wurden Sybille Jatzko
(Krickenbach), **Michael Käfer**

(Trippstadt), Isabelle Schwindt
(Stelzenberg), Rüdiger Wagner
(Schopp) sowie **Tobias Trunk**
(Trippstadt) gewählt.

Trippstadt im Bild gratuliert den neu
gewählten Vorstandsmitgliedern.

Die Versammlung beschloss ein-
stimmig eine Empfehlung an die
Ortsvereine mit einer Bürgerbefra-
gung die Bürgerinnen und Bürger
für eine unmittelbare Beteiligung an
der Verwaltungsreform zu sensibili-
sieren.

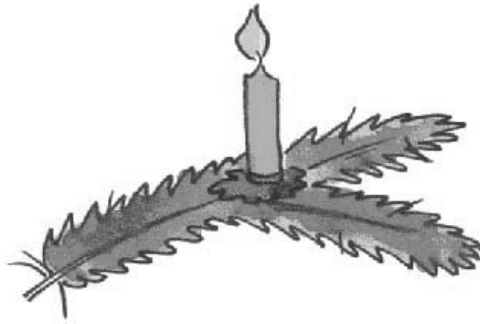
Nachruf

Die Mitglieder des SPD – Ortsvereins Trippstadt
trauern um

Udo Seibert

Krickenbach

Michael Käfer
Vorsitzender



Wir wünschen allen
Bürgerinnen und Bürgern ein gesegnetes
Weihnachtsfest sowie Gesundheit, Glück und
Zufriedenheit für das Jahr 2011.



Sudoku

Für Ratefüchse –
ein SUDOKU:

Die Zahlen 1-9
dürfen in jeder
Zeile und Spalte
und in jedem
Quadrat nur ein-
mal vorkommen.

1			7	8	4			
8	2					9	3	
	6				2			
			3	2				7
		5		9			8	2
6	1							
					8	5	9	
9		6		5				
7						8	2	3



Sagen Sie
uns Ihre
Meinung !

Der SPD-Ortsverein im Internet

Aktuelle Hinweise, Ansprechpart-
ner, Emailadressen oder Telefon-
nummern finden Sie im Internet un-
ter der URL

<http://www.spd-ov-trippstadt.de/>

Impressum

SPD Ortsverein Trippstadt, Michael Käfer, 1. Vorsitzender

Redaktion:
Michael Bernhart, Eckhard Linn, Uwe Wunn